

## **Wie sozial wird Bremen?**

### **Anforderungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Landesverband Bremen e. V. an die Koalitionsverhandlungen**

#### **Armut und Kinderarmut in Bremen müssen wirksam bekämpft werden!**

Die Bekämpfung von Armut und sozialer Spaltung sind in Bremen nach wie vor vordringliche Aufgaben. Fast jeder Fünfte im Land Bremen benötigt Mindestsicherungsleistungen. Jedes dritte Kind im Lande Bremen lebt in Armut.

- Vordringlich sind Maßnahmen in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik, Bildungspolitik und Wohnungspolitik. Dazu gehört eine aktive Arbeitsmarktpolitik für Langzeitarbeitslose, eine kompensatorische Bildungspolitik (z.B. durch Ganztagschulen), der Ausbau der Kinderbetreuung und Maßnahmen wie zum Beispiel der Bremen-PASS für die Verbesserung der sozialen und kulturellen Teilhabe.

Die Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes erreichen arme Kinder nur zum Teil. Sinnvoll ist, Kinder direkt zu unterstützen.

- Kinder brauchen einen individuellen Rechtsanspruch auf Bildungs- und Entwicklungsteilhabe, der im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) verankert ist.
- Notwendig ist eine bedarfsgerechte Kindergrundsicherung. Der Paritätische orientiert sich bei der Höhe der Kindergrundsicherung am Kinderfreibetrag des Steuerrechts.
- Bremen muss sich auf Bundesebene für entsprechende bundesgesetzliche Veränderungen einsetzen.

#### **Gutes Wohnen für alle - Wir brauchen mehr Sozialwohnungen!**

In Bremen fehlen über 50.000, in Bremerhaven über 10.000 Wohnungen, die sich Menschen mit geringen Einkommen leisten können. Eine Wohnung gilt dann als bezahlbar, wenn die Mietbelastung nicht bei mehr als 30 Prozent des Nettoeinkommens liegt.

In Bremen muss aber fast jeder zweite Haushalt schon heute mehr bezahlen, Tendenz steigend. Schon Alleinerziehende, große Familien oder Migrantinnen und Migranten stoßen bei der Wohnungssuche auf Vorbehalte, für ehemalige Strafgefangene, Drogenabhängige, psychisch Kranke oder für bereits Obdachlose ist die Situation fast aussichtslos.

Neubauprojekte allein werden den Bedarf nicht decken. Allein im letzten Jahr lag der Verlust an mietpreisgebundenen Sozialwohnungen höher als der gesamte Zuwachs an Neubauwohnungen in den vorangegangenen fünf Jahren.

Notwendig ist deshalb:

- Die Ausweitung des gemeinnützigen bzw. öffentlichen Wohnraumbestandes mit dauerhaften Mietpreis- und Belegungsbindungen
- Ein Wohnraumförderprogramm, das ohne Ausnahme eine Sozialwohnungsquote von mindestens einem Drittel sicherstellt mit einer möglichst langen, wenn nicht dauerhaften Sozialbindung
- Bremen sollte sich auf Bundesebene für eine Verschärfung der Kappungsgrenze bei Mieterhöhungen und der Mietpreisbremse einsetzen und den Mietspiegel auf alle Wohnungen ausweiten (realer Mietspiegel).

### **Armut und Gesundheit: effektive kommunale Gesundheitspolitik fördern!**

Armut wirkt sich negativ auf die Gesundheit aus, sie begünstigt die Entstehung von Krankheiten. Je größer die soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft ausgeprägt ist, desto anfälliger wird sie für gesundheitliche Probleme. Gerade im armutsbelasteten Bundesland Bremen ist der Handlungsbedarf groß. Kommunale Gesundheitspolitik muss Teil einer sozialverantwortlichen Stadtpolitik werden!

Notwendig ist:

- Neben den bereits bestehenden Programmen wie "Soziale Stadt Bremen" oder dem Konzept des Quartiersmanagements braucht es Strukturen und Formen der Zusammenarbeit für mehr gesundheitsförderliche Teilhabe wie zum Beispiel Gesundheitskonferenzen. In den Quartieren müssen lokale Präventionsstrategien entwickelt werden.
- Wichtig ist eine gute medizinische Versorgung auch in den benachteiligten Stadtteilen. Hier bedarf es neuer Konzepte, die neben der medizinischen Versorgung auch Präventionsangebote und Sozialberatung beinhalten.

### **Verbesserung der Pflege: Eigenanteile für Pflegebedürftige begrenzen!**

Durch bessere Entlohnung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal werden die Pflegekosten weiter steigen. Die Eigenanteile belasten Pflegebedürftige in allen Versorgungsformen – sowohl stationär als auch ambulant – und führen zur Inanspruchnahme von Hilfe zur Pflege aus der Sozialhilfe und zur Unterversorgung.

- Es ist daher notwendig, die Leistungen der Pflegeversicherung weiter auszubauen und die Höhe des Eigenanteils zu begrenzen. Der Vorstoß im Bundesrat, den das Land Bremen miteingebracht hat, geht bereits in die richtige Richtung. Unserer Ansicht nach sollte die Pflegeversicherung grundsätzlich 85% der Kosten für pflegebedingte Aufwände ambulant und stationär übernehmen, so dass die Eigenanteilsquote in allen Pflegegraden 15% beträgt. Notwendig ist eine Entwicklung der Pflegeversicherung hin zur solidarischen Bürgerversicherung.

## **Mehr Fachkräfte ausbilden – gute Rahmenbedingungen für die generalistische Pflegeausbildung schaffen!**

Bereits jetzt haben Krankenhäuser, ambulante Pflegedienste und stationäre Pflegeheime große Schwierigkeiten, ausreichend qualifiziertes Personal zu finden, was zu Versorgungsengpässen führt.

- Es ist daher notwendig, noch mehr Menschen für die generalistische Pflegeausbildung zu begeistern und die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass sich möglichst viele Betriebe an der Ausbildung beteiligen – unabhängig von der Größe und der Art der Einrichtung. Die Bremer Landespolitik muss sicherstellen, dass die Rahmenbedingungen eine Steigerung der Ausbildungszahlen befördern und nicht behindern. Dies ist möglich durch auskömmliche Ausbildungsbudgets sowie durch landesgesetzliche Regelungen, die in den Ausbildungsbetrieben, Schulen und – Verbänden unnötigen bürokratischen Aufwand vermeiden.

## **Bremer Kinder- und Jugendförderung weiterentwickeln!**

Jugendarbeit ist für junge Menschen in Bremen ein unverzichtbarer Bestandteil der städtischen Infrastruktur. Dies gilt sowohl für die wohnortnahen Angebote in den Stadtteilen als auch für gesamtstädtisch angelegte Angebote. Jugendliche werden dort in ihrer persönlichen Entwicklung, der Selbstbestimmung, der Verständigung, der Übernahme von Verantwortung und bei der Gestaltung von Lebenswelten gefördert. Zur Bekämpfung von Armutsfolgen braucht Bremen Orte, wo Jugendliche in einem nicht-kommerziellen Rahmen und unabhängig von den persönlichen Verhältnissen und dem kulturellen und sozialen Status dazugehören.

- Notwendig ist eine gesicherte Finanzierung der Aufgaben. Für Instandhaltungs- und Sanierungsbedarfe der Einrichtungen, für stadtteilübergreifende Vorhaben und Projekte, für Tarif- und Betriebskostensteigerungen und für den im „Rahmenkonzept Offene Jugendarbeit“ beschlossenen Qualifizierungs- und Qualitätsentwicklungsprozess muss es ausreichende Haushaltsmittel geben.

## **Ausbau und Verbesserung der Kindertagesbetreuung: Auf die Qualität kommt es an!**

Nach wie vor muss der Ausbau der Kindertagesbetreuung vorangetrieben werden, vor allem in benachteiligten Stadtteilen und im Bereich Betreuung der Unter-Dreijährigen. Notwendig ist eine Reform der Finanzierung der Kindertagesbetreuung, wie sie die Wohlfahrtsverbände seit langem fordern.

Notwendig sind darüber hinaus auch qualitative Verbesserungen in der Kindertagesbetreuung.

- Verbesserung des Betreuungsschlüssels: Der Fachkraft-Kind-Schlüssel ist für die Realisierung der Bildungsansprüche der ersten Bildungsinstitution Kita nicht ausreichend.
- Erarbeitung von sinnvollen Instrumenten zur Verbesserung der Qualität in Kindertageseinrichtungen

- Umsetzung Inklusion: Notwendig ist ein umfassendes Inklusionskonzept. Jedem Kind ist die Teilhabe an jedem Kita-Angebot bzw. die Aufnahme in jeder Kita seiner Wahl zu ermöglichen.
- Verbesserung der Ausbildungssituation: Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, muss die Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher in allen Ausbildungsgängen zukünftig vergütet werden Die Ausbildungsvergütung in der Praxisintegrierten Ausbildung (PiA) gibt die Richtung vor.

Bremen, 6. Juni 2019